



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Herrmann: Münchner Vorzeigeprojekt ‚JUNO – eine Stimme für geflüchtete Frauen‘](#)

Herrmann: Münchner Vorzeigeprojekt ‚JUNO – eine Stimme für geflüchtete Frauen‘

14. April 2023

+++ Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann hat heute bei der Präsentation des Projekts ‚JUNO – eine Stimme für geflüchtete Frauen‘ dessen Verdienste für den Integrationserfolg von weiblichen Flüchtlingen betont: „JUNO zeigt, überall im Freistaat tragen Menschen mit Elan und Kreativität dazu bei, dass Integration gelingt. Vielen Dank für Ihr Engagement.“ Besonders das leicht zugängliche Freizeit- und Integrationsprogramm lobte Herrmann. „JUNO bringt geflüchtete und einheimische Frauen auf Augenhöhe zusammen. Durch Ihre Angebote werden Frauen unterstützt, ihr Selbstbewusstsein zu stärken und ermutigt, sich in die Gesellschaft einzubringen.“ Die Bayerische Staatsregierung schätze die geleistete Integrationsarbeit von JUNO sehr und fördert das Projekt deshalb 2023 mit rund 118.000 Euro. +++

Das Projekt ermögliche den geflüchteten Frauen in entspannter und angstfreier Umgebung Kontakte zu anderen Frauen zu knüpfen. Darüber hinaus biete JUNO vielfältige Integrationsangebote, wie Ausflüge, Sportangebote, Sprachkurse, Beratung zur Berufsausbildung und Hilfe für die Suche nach einem Arbeitsplatz. „JUNO trägt dazu bei, dass Integration in Bayern gelingt. Hier können wir beachtliche Erfolge aufweisen: Bayern ist Spitzenreiter bei der Integration in Arbeit. Mit 72,8 Prozent haben wir die bundesweit höchste Erwerbstätigenquote von Menschen mit Migrationshintergrund und mit 10,6 Prozent auch die niedrigste Arbeitslosenquote bei ausländischen Frauen“, erklärte der Minister.

Integration sei eine Gemeinschaftsaufgabe, die nur zusammen bewältigt werden könne. Auch der Bund ist hier gefragt. Der anhaltende Krieg in der Ukraine, stetig steigende Zugänge im Asylbereich und im Bereich der legalen Migration tragen zur Verschärfung der angespannten Situation im Freistaat Bayern und in seinen Kommunen bei. „Völlig unverständlich ist daher, dass die Bundesregierung fortwährend falsche Anreize setzt und dabei die Länder und Kommunen im Stich lässt“, kritisierte Herrmann.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

